

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Beilagen:

„Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Hilfe“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Tribüne“, „Der Jungprolet“

Begründet von Bernhard Gottländer (März 1920 erkorbt)

Verleger: ...
Druck: ...
Abonnement: ...

Verleger: ...
Druck: ...
Abonnement: ...

Blutige Straßenkämpfe in Paris

Auswirkungen der Frankentatstrophe

Paris, 29. März.

In Paris kam es gestern infolge der gewaltigen Aufregung, in die die Pariser Volksmassen durch die scharfen Wahlkämpfe am letzten Sonntag gebracht worden sind, zu Zusammenstößen. Der Sieg der kommunistischen Kandidaten hat die faschistischen Verbände in solche Wut gebracht, daß sie gestern veruchten, auf dem Opernplatz und in den belebtesten Straßenzügen Demonstrationen zur Herabsetzung der Arbeiterschaft abzuhalten. Ein Demonstrationzug von 2000 jungen Leuten, meistens Schülern und Studenten, versuchte, die Boulevards entlangziehend, zum Ministerium des Innern vorzudringen. Dabei kam es zu einem regelrechten Straßenkampf. Die Polizei ging mit Gummiknüppeln gegen die Demonstranten vor. Ein 22jähriger Student erhielt einen Schlag auf den Kopf. Er wurde ins Krankenhaus transportiert, verstarb jedoch unterwegs an einer Gehirnblutung. Die Situation ist außerordentlich ernst, da die faschistische Presse mit Worgeschrei die Ereignisse brecht.

Der sensationelle Sturz des Franken verschärfte diese Krise noch. Der breiten Masse hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt, da die Preise wie rasend in die Höhe schnellen. Die Geschäftslente gehen dazu über, nach der festen Währung des Pfund Sterling zu verkaufen, nach die Preise entsprechend umzurechnen. Viele Geschäfte haben völlig geschlossen, um sich vor einem Ausverkauf zu entziehen. In den Geschäftszentren sammelte sich deshalb eine erregte Menschenmenge an, die schließlich die Geschäfte bedrohte. Mehrere Schaufenster wurden eingeschlagen. In mehreren Fällen wurden die Leben geplündert.

*

Die französische Kammer begann gestern die Beratung der neuen Finanzvorlage. Als die neugewählten Kommunisten einjogten, mußte die Sitzung unter dem Gesang der „Internationale“ 15 Minuten vertagt werden.

Erwerbslosendemonstrationen in London

London, 31. März.

Das Parlament war gestern von harten Polizeibteilungen bewacht. Es fanden nämlich in verschiedenen Parts Arbeitslosenversammlungen statt, deren Annäherung an das Parlamentsgebäude abgewehrt werden sollte. Ein Überfall von Faschisten auf die Erwerbslosen wurde verhindert.

Dollarfront in China

Breslau, 31. März.

Die deutsche Presse übermüht, soweit es sich um Bewegungen der unterdrückten Völker handelt, kritisiert die Meldungen der Nachrichtenbüros der englischen Kolonialkapitalisten. Diese stellen meist mehrfache Verleumdungen der aufbegehrenden Völker oder Verzerrungen der tatsächlichen Lage dar. Wir weisen das schon vor einigen Tagen bei den Telegrammberichten über den reaktionären Zustand in Kanton nach. Nämlich veröffentlicht B.Z., ganz offensichtlich nach englischen Quellen, folgende beiden Nachrichten:

Hankow, 30. März. Ein japanischer Dampfer wurde unterwegs von chinesischen Truppen unter dem Vorwand beschossen, daß sich militärische Führer der Gegenpartei an Bord befänden hätten. Dabei wurden 11 japanische Schiffslente verwundet.

Peking, 30. März. Die ausländischen Gesandten haben dem Chef der Exekutive eine halbe Million Dollar zur Verfügung gestellt, um die Löhne der Polizisten und seiner eigenen Wache zu bezahlen, sowie um ihn in den Stand zu setzen, die Truppen der dritten Kuomintangarmee zu entlassen, die ohne Offiziere in der Umgebung von Peking herumschwärmen.

Die Verletzung des japanischen Dampfers wird zweifellos eine Ursache darin haben, daß dieser Kriegsmaterial für die reaktionären Truppen beschafft. Die Tatsache, daß diese englische Meldung selbst unecht, wie leicht die Dollar-Millionen in China spritzen, zeigt, welche verzweifelten Anstrengungen die imperialistischen Mächte machen, um die chinesische Freiheitsbewegung niederzujagen.

Wenn die sozialdemokratische Presse von Selbstschneidern (S. 2) mit den fremdenfeindlichen (S. 1) d. Red.)

Kräften in China“ rebei, wie es die gefürchtete „Vollswacht“ tut, so beweist sie damit nur, daß sie die Bedeutung und die politischen Auswirkungen dieser nationalrevolutionären Bewegung absolut nicht verstanden hat. Jeder, der sich zum Sprachrohr der kapitalistischen Verleumdungen gegen die chinesische Freiheitsbewegung macht, degradiert sich dadurch zum intellektuellen Kastraten des Imperialismus.

Stahlhelmüberfall auf Görlicher Arbeiter

Görlitz, 30. März.

Anläßlich der Bismarckfeier waren hier aus der gesamten Umgebung zahlreich provokationslustige Stahlhelmgewerkschaften zusammengezogen. Ihr Benehmen führte schon sofort nach ihrem Eintriften zu kleineren Reibereien, bei denen die Schupo sich auf Seiten der schwarzweißen Provokateure stellte. Vor der Stadthalle sammelten sich später zahlreiche Arbeiter an. Auch hier griff die Schupo ein und verbot den Gesang der Internationale. Zu größeren Zusammenstößen kam es in der Gärtnereistraße. Die Stahlhelmlente führten Handgranaten, Gummiknüppel und Revolver (!) mit sich und schlugen damit auf die unbewaffneten Arbeiter ein. Eine gefüllte Handgranate explodierte zum Glück nicht. Infolge der Stahlhelmprovokation dauerten die Zusammenstöße bis in die tiefe Nacht fort. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Das Urteil im Cottbuser Landfriedensbruchprozeß

(Eig. Drahtf.) Berlin, 31. März.

Gestern vormittag wurde in Cottbus das Urteil im Landfriedensbruchprozeß gefällt. Insgesamt wurden 80 Monate Gefängnis gegen 14 Angeklagte verhängt. 19 Angeklagte wurden freigesprochen. Das Gericht nahm trotz gegenteiliger Zeugenaussagen und Beweise Landfriedensbruch und Zusammenrottung an, während in Wirklichkeit Stahlhelmer Frontkämpfer und Reichsbanner überfallen hatten, ja, sogar festgehalten wurde, daß einer der Führer des Stahlhelms während der Kämpfe sehr fleißig mit einem des Roten Frontkämpferbundes verkehrt hat.

Vom Tage

Die Eisenbahnergewerkschaften haben beschlossen, in dem Prozeß gegen die Reichsbahn A.G. nunmehr das Kammergericht anzurufen.

Die Erfurter antisemitischen Graßhändler wurden zu 2 1/2 bzw. 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Gestern begann in Dresden der Prozeß gegen den Syndikus Dr. Meißner und den Hauptmann a. D. Köpfel wegen Unterschlagung und Antezens, da sie Gelder des sogenannten „Volksoffiziers“ für persönliche Zwecke verwendet haben.

Der thüringische Landtagsabgeordnete Geißner ist aus der Partei wegen fortgesetzter Disziplinverstöße ausgeschlossen worden.

Der bisherige Generalsekretär der faschistischen Partei Farri-nacci ist von seinem Posten zurückgetreten.

Der rumänische König hat den faschistischen General Avarescu zum Ministerpräsidenten ernannt.

Nunmehr wird amtlich mitgeteilt, daß Frankreich und Spanien u. Abd el Krim ihre Friedensbedingungen „zur Kenntnis gebracht“ haben.

Anläßlich des Besuchs des französischen Oberkommandos für Syrien in Jerusalem wird von arabischer Seite der Protest erklärt.

Das Volksbegehren und der Rote Frontkämpferbund

Von Willh. Deow

(Mitglied des Bundesvorstandes des RFB)

Die erste Schlacht ist geschlagen. Die seit 1918 zum erstenmal wieder geschlossen und einheitlich kämpfende proletarische Klassenfront hat in dem jetzt beendeten Volksbegehren auf entscheidungslose Entseignung der Arbeiter am 17. März einen gewaltigen Sieg errungen.

Zwölfhundert Millionen von Arbeitern, Beamten und Kleinbauern formierten die Abwehrfront gegen die unverschämten Forderungen der früheren Potentaten.

Für die proletarische Bewegung Deutschlands ist es gerade nicht erhebens, daß erst der Vorkampf der Monarchisten und Faschisten, die Millionenfront der Arbeiter zusammenzuwerfen mußte. Doch zeigen die 12 1/2 Millionen vom 17. März, wie stark die Klassenkräfte, zum Teil noch schimmernd, in der deutschen Arbeiterklasse sind.

Der 17. März war ein Sieg der proletarischen Einheitsfront, war ein Sieg der roten Klassenfront. — Doch der 17. März war trotzdem erst der erste schicksalreiche Schritt des proletarischen Bloks zur Organisation der proletarischen Massen zum Angriff auf die Feste der Reaktion.

Der Rote Frontkämpferbund hat die Massen zur Abwehr mobilisiert und das Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen von Millionen Proletariatskämpfern ihre eigene Kraft ungeheuer gestärkt.

Unsere Forderung an das Reichsbanner auf ein allgemeines Zusammengehen in der Agitation und Propaganda für das Volksbegehren wurde zwar von Göring abgelehnt, fand aber doch in den proletarischen Schichten des Reichsbanners ein lebhaftes Echo. Das zeigte sich sehr deutlich auf der Reichstagung des Reichsbanners in Hamburg, wo nicht nur Göring, sondern auch die demokratischen und Zentrumsredner ihre Formulierungen sehr vorsichtig wählen mußten, damit bei den Reichsbannerkameraden nicht der Eindruck der offenen Sabotage des Volksbegehrens erweckt werde. Nichtsdestoweniger haben die rechtsstehenden Führer des Reichsbanners fast nichts getan, um den Massenwillen ihrer Mitglieder in dieser Frage auch nur einigermaßen Rechnung zu tragen. Leidenhaft, wie ihre Reden und Erklärungen, war auch ihre Propaganda für das Volksbegehren. Nur wo die Reichsbannerkameraden in enger Kampfgemeinschaft mit den Roten Frontkämpfern standen, konnte von einem wirksamen Einsehen des Reichsbanners für die Propagierung des Volksbegehrens die Rede sein.

Die Haltung der Reichsbannerführung blieb selbstverständlich ohne sichtbare Auswirkung in dem Reichsbanner selbst. In vielen Orten Deutschlands bildeten sich Einheitskomitees, wo Rote Frontkämpfer mit den hauptsächlich sozialdemokratisch organisierten Reichsbannerkameraden gemeinsam ihre Arbeit besprachen. Demonstrationen und Versammlungen durchführten. Über den Kreis der sozialdemokratisch organisierten Reichsbannerkameraden hinaus zeigte sich auch der Einfluß der vom RFB betriebenen Propaganda unter den Arbeitern, die noch im Zentrum in der Demokratischen Partei und sogar in den nationalpolitischen Organisationen zusammengeschlossen sind. Niemals in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hat der Nachrevolutionzeit hat sich eine so starke Zerrüttung innerhalb der gegnerischen Organisationsgezeigt, wie anläßlich der Durchführung des Volksbegehrens. Die Massenproteste demokratischer und christlicher Arbeiter riefen bei ihren Führungen eine sehr starke Nervosität hervor, die sich natürlich in einer verstärkten Sabotage des nun durchzuführenden Volksentscheids zeigen wird.

Weit wichtiger für unsere Kameraden ist die Haltung der sozialdemokratischen Klassenossen im Reichsbanner, sind diese, gemessen an den noch demokratisch und christlich denkenden Arbeitern und Kleinbürgern, an politischer Schulung die am nächsten stehenden. Und da zeigte sich, z. B. in der von den anläßlich des Klaffers-Begräbnisses ausgeschlossenen Reichsbannerkameraden einberufenen Protestversammlung, der scharfe Gegensatz zwischen den Klassenbewußten Proletariern und den Führern, die um keinen Preis mit der Bourgeoisie brechen wollen.

Das Auftreten des RFB in der Kleinarbeit für das Volksbegehren hat die anwachsende Stärke unserer Organisation zur Genüge bewiesen. Wo immer die Sozialdemokratische und die kommunistische Partei ihre Propaganda entfaltet, trat — hauptsächlich in enger Kampfgemeinschaft mit der RFB — der RFB hervor. Demonstrationen und Versammlungen, Matamüßige und selbst die Kleinkolonnen waren vom RFB-Kameraden beherrscht. Die aktiven Kleinarbeiter für diese Bewegung stellen unsere Organisation, wobei wir auch die ständige Hilfe des Roten Frauen- und Mädchenbundes feststellen wollen.

Das entschiedene und aktive Auftreten der Roten Frontkämpfer blieb natürlich nicht ohne Wirkung auf die Bourgeoisie. Die Bourgeoisie begriff sofort die Gefahr, die aus einer einheitlichen

haben... (Text continues with political commentary on the Reichstag and the situation in Prussia.)

berühmt... (Text discusses the Reichstag's role and the political climate.)

... (Text continues with further political analysis and mentions of specific figures and events.)

Das Budget der Sowjetunion

Die in Moskau stattfindende zweite Session des Zentral-Exekutivkomitees der UdSSR... (Text details the budgetary process and the role of the Central Executive Committee.)

des Schankens 188 Millionen Rubel vorgesehen... (Text discusses the budget for transport and communication.)

Die diesjährigen Ausgaben für die Zwecke der Landesverteidigung... (Text details the budget for national defense.)

Eine weitere bedeutende Veränderung... (Text discusses changes in the budget for national defense.)

In betonten in diesem Budget der Sowjetunion... (Text discusses the overall budget structure.)

Auch die Zusammenziehung dieser außerordentlichen Einnahmen... (Text discusses the consolidation of extraordinary revenues.)

... (Text continues with detailed budgetary information, including figures for various sectors.)

Unter den auf insgesamt 300 Millionen Rubel festgesetzten Ausgaben... (Text discusses the total budget and its components.)

Für Volkseindeutigkeit im Mai!

Am Sonntagabend in Berlin vom Ausbruch für Furchten... (Text discusses the political situation and the need for unity.)

... (Text continues with political commentary.)

Condole de Katzenau. Memoiren. DURCHGESEHEN UND BEARBEITET VON HAVELOCK UND P.

Ich begreife nicht, wie der Kaiser auf diese Perion verfallen konnte... (Text is a testimonial or review about the memoirs.)

Ihr Schicksal nicht begriffen, ihr wahrhaft trauriges Schicksal... (Text continues the testimonial or review.)

... (Text continues with political commentary and news items.)

... (Text continues with political commentary and news items.)

... (Text continues with political commentary and news items.)

Unternehmergelder in die SPD.-Parteilasse

Was Karl Erdmann enthält?

Als vor einigen Monaten enthüllt wurde, daß zur Verbreitung der Broschüren des Finanzlagers, die zum größten Teil von SPD.-Führern geschrieben waren, große Geldsummen von der Vereinigung deutscher Arbeitgebeverbände durch den Sozialdemokraten Karl Erdmann empfangen und an den Finanzleger Baumeller weitergeleitet wurden, gab es eine große öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem „Vorwärts“ und Herrn Karl Erdmann. Die Arbeitgebeverbände gaben das Geld dafür, daß die Broschüren der rechten SPD.-Führer innerhalb der Arbeiterschaft verbreitet werden, um sie von ihrem Radikalismus zu „hellen“ und zur Staatsbejahung im Interesse der Radikalführer zu „erleuchten“. Herr Erdmann vereinbarte dabei in gütlichen Besprechungen mit den Vertretern der Ausbeuterorganisationen, wie der Propagandaabteilung innerhalb der Arbeiterschaft am besten organisiert werden könne. Karl Erdmanns Organisation zu diesem Zweck nannte sich „Gesellschaft Aufbau und Werden“. Bei seiner scharfen Auseinandersetzung mit dem „Vorwärts“ vor einigen Monaten gab Herr Erdmann offen zu, daß der Hauptteil der Kampfmittel der „Gesellschaft Aufbau und Werden“ aus dem Fonds der Vereinigung der Arbeitgebeverbände kam. Der „Vorwärts“ nannte in seiner Nummer vom 21. Dezember 1920 Karl Erdmann einen „politischen Hochstapler“. Erdmann drohte gegenüber dem SPD.-Führer mit großzügigen Entschuldigungen.

Nach drei Monaten Schweigen berichtet die „Tägliche Rundschau“, daß eine Broschüre von Karl Erdmann demnächst erscheint, die umfangreiche Enthüllungen — die wichtigsten Dokumente in Fallhöhe — über die offizielle Zusammenarbeit der SPD.-Führer mit Erdmanns „Gesellschaft Aufbau und Werden“ an die Öffentlichkeit bringen wird. Die „Tägliche Rundschau“ drückt aus dieser Schrift einige wichtige Dokumente und Enthüllungen ab, die einen aufsehenerregenden Einblick in die politische Korruption der SPD.-Führer und den Nachweis ihrer finanziellen Verflechtung durch die Unternehmerverbände darstellt.

Am der Spitze des Beweismaterials befindet sich folgender Brief: „Der Reichspräsident,

Berlin, den 12. März 1920.

Mit großem Interesse habe ich von dem mir freundlichst übersandten ersten Tätigkeitsbericht der „Gesellschaft Aufbau und Werden“ Kenntnis genommen. Ich habe daraus ersehen, daß die von Ihnen vertretene Gesellschaft die Schwierigkeiten unseres Landes auf den verschiedensten Gebieten klar erkannt hat und mit Tatkraft und Energie an der Erneuerung unseres wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens mitarbeitet. Ich wünsche „Aufbau und Werden“ auch für die Zukunft besten Erfolg.

gez. Ebert.

Herrn
Karl Erdmann
Berlin-Wilmersdorf.

Auch der damalige sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Eugen Ernst, war mit der Tätigkeit Erdmanns sehr zufrieden. Selbst die „Vorwärts“-Redaktion gratulierte dem „politischen Hochstapler“ für seine korrupte Tätigkeit innerhalb der Arbeiterschaft gegen den Radikalismus mit folgendem Brief:

Berlin SW., 68, 9. März 1920.

Lindenstraße 3.

Herrn Karl Erdmann,

Berlin-Wilmersdorf.

Welter Genosse Erdmann!

Mit bestem Dank bestätige ich die Uebersendung ihres Tätigkeitsberichts, den ich mit außerordentlichem Interesse gelesen habe. Ich beglückwünsche Sie herzlich zu dem großen und schönen Erfolge.

Mit freundlichen Grüßen!

Ihr ergebener

gez. W. Peiser.

Erdmann weist jedoch in vielen Einzelheiten nach, wie die SPD.-Führerschaft die finanzielle und geistige Hilfe der „Gesellschaft Aufbau und Werden“ in Anspruch genommen hat. Anfangs 1920 gründete der Bevollmächtigte der Berliner SPD. um 10 000 Broschüren und machte der „Gesellschaft Aufbau und Werden“ das Angebot, ihr eine Liste der sozialdemokratischen Vertrauensleute zu übermitteln, damit sich die Gesellschaft mit ihnen direkt in Verbindung setzen könne. Die Partei verlangte lediglich, daß ihr „die Lohnsumme, die das Adressatenverzeichnis zur Verfügung gestellt werde.“ (Unterzeichnet: Adolf Brühel) Am 23. Mai 1920 bestätigte Aufsicht den Empfang von 20 000 Broschüren und am 10. Juli 1920 quittierte er den Empfang von 500 Mark für Aufklärungsarbeit.

Am 21. August 1920 bestätigte die SPD. Berlin dem Erdmann, daß man die von ihm geschenkten Schriften (bezahlt von der Arbeitgebeverbänden) „mit sehr schönem Erfolge“ verbreitet habe. Am 17. März hat der Vorstand des Bergarbeiterverbandes (gezeichnet: Martin Müller) um 20 000 Broschüren und garantiert für „bestmögliche Verteilung“.

Als das Vorstandsmitglied der USP, der Antikatholik Wittmann, Ende 1920 in der unabhängigen „Freiheit“ seine zwei antikatholischen Artikel „Die Wahrheit über Rußland“ veröffentlichte, da erbot sich die „Gesellschaft Aufbau und Werden“, diesen Artikel verbreiten zu lassen und wollte auf ihre Kosten eine neue Auflage der „Freiheit“ herstellen zu lassen. Als die „Freiheit“ dies ablehnte, ließ die „Gesellschaft Aufbau und Werden“ unerlaubt eine Neuaufgabe des wertvollen antikatholischen Agitationsmaterials herstellen. Die „Freiheit“ versuchte dann sogar durch einen Gerichtsbeschluß gegen Erdmann vorzugehen.

Der größte Fall von gemeinsamer Korruption der SPD.-Führer ist die Ueberweisung von 250 000 Mark Unternehmergeldern an die sozialdemokratische Parteilasse für die Reichstagswahlen 1920. Herr Erdmann begab sich zum Parteivorstand und „gab zu bedenken, wie notwendig der Kampf gegen die Unabhängigen und Spartalisten sei und erklärte sich bereit, 250 000 Mark zu den Wahlkosten beizusteuern, wenn man weiter gegen links kämpfen wolle.“ Herr Dr. Adolf Braun, das Parteivorstandsmitglied, stellte für das empfangene Geld folgende Quittung aus:

„Von Herrn Karl Erdmann 250 000 Mark (Zweihundertfünfzigtausend Mark) als Beitrag zu den Wahlkosten empfangen zu haben, bescheinigt
Berlin, 22. Mai 1920
für den Vorstand der SPD.
gez. Dr. Braun.“

Ein paar Tage später erhielt Erdmann folgenden Brief:

Berlin SW., 68, 26. Mai 1920.
Lindenstraße 3.

Welter Genosse!

Durch meinen Kollegen Dr. Adolf Braun wurden mir 250 000 Mark übergeben, die Sie zu unseren Wahlkosten übergeben haben. Wir danken bestens für diesen Beitrag, der im gewöhnlichen Sinne Verwendung finden wird.

Mit parteilicher Grüße!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
gez. Bartels.

Die wackeren Leute vom sozialdemokratischen Parteivorstand kamen aber schwere Bedenken, daß die Quittung in Erdmanns Hand eine wirksame politische Waffe gegen sie sein könnte. Erdmann erklärte sich bereit, sie dem Parteivorstand zurückzugeben. Er schickte einen Boten mit den belastenden Schriftstücken zu Adolf Braun in den Reichstag, nachdem er sie vorher sorgfältig vorher fotografiert hatte. Der „gerissene“ Herr Braun war noch so klug, dem Boten eine Bescheinigung mitzugeben, daß er die „ganz geheimen Quittungen“ zurückhalten habe. Herr Erdmann, der im Auftrage der Vereinigung der Arbeitgebeverbände innerhalb der SPD. arbeitete, zeigte sich weitaus intelligenter und gerissener als die korruptierten Führer der SPD.

Erdmann enthält auch, daß der Feldzug im „Vorwärts“ gegen ihn von einem Herrn Enternus geführt werde, den er im Jahre 1919

Schlesische Wirtschaft

Die Wirtschaftslage in Ostoberschlesien

Zunehmende Ueberschuldung.

Die zehrende wirtschaftliche Zerrüttung in Polen war für die imperialistischen Großmächte ein gefundenes Fressen, um sich in Polen und seinen wichtigsten industriellen Gebieten, vor allem also Ost-Oberschlesien, festzusetzen, und dort ihre Interessen zur Geltung zu bringen. Die Ueberschuldung Polens, von der polnischen Bourgeoisie als einzige Rettung des Kapitalismus freudig begrüßt, hat außer der wirtschaftlichen auch eine enorme politische Bedeutung, denn die ökonomische Beherrschung Polens, mit der die politische Hand in Hand geht, schafft dem Imperialismus die Garantie, Polen als Aufmarschgebiet gegen die Sowjet-Union jederzeit benutzen zu können. In besonderer Maße hat sich der unternehmenssüchtige Kapitalismus der Gegenwart in Polen engagiert, der amerikanische. Dem Harriman-Konzern ist es bereits gelungen, sich in den Besitz der ober-schlesischen Zink- und Eisenindustrie zu setzen. Im Jahr, dem polnischen Parlament, liegt bereits ein Gesetzentwurf vor, wonach der ostoberschlesischen Zinkindustrie, d. h. aber dem Harriman-Konzern, bestimmte und sehr weitgehende Zölle und Steuererleichterungen zu gewährt seien. Als Gegenleistung will die Harrimangruppe die Zinkindustrie ausbauen und mit den neuesten Maschinen ausrüsten.

Dem Vordringen des amerikanischen Kapitals in Ost-Oberschlesien wird umso mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden müssen, als hier in Kürze die gegenläufigen Konkurrenzinteressen zwischen der amerikanischen und der ebenfalls interessierten englischen Bourgeoisie aufeinanderprallen werden, was weitverbreitete große Tragweiten zur Folge haben kann. Außer an der Zinkindustrie wird sich das amerikanische Kapital auch an der Gründung einer Automobilindustrie in Polnisch-Oberschlesien beteiligen.

Weiter ist es dann interessant, daß auch der sächsische Imperialismus Italiens seine Fingernägel nach den industriellen Schätzen Ost-Oberschlesiens ausstreckt. Da Italien selber kein rohstoffreiches Land ist, andererseits aber bestimmte Rohstoffe, wie etwa die Kohle, unbedingt notwendig für die weitere, von Mussolini forcierte Durchindustrialisierung Italiens sind, erstreckt sich der italienische Appetit hauptsächlich auf die Besitznahme der Kohlengruben. Bereits sind verschiedene Gruubenpachtungen seitens italienischer Gruppen vorgenommen worden, und eine der größten italienischen Banken, die Banca Commerciale in Mailand, hat sich besonders an dem ostoberschlesischen Geschäft beteiligt. Auch vor diesem rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte kann auf die bekannten Genfer Vorfälle im Völkerverbund, auf das Zusammengehen Mussolinis mit Polen, neues Licht fallen.

Arbeitslosigkeit.

Da sich die Wirtschaftskrise in Polnisch-Oberschlesien seit Jahresbeginn noch erheblich verschärft hat und die Abhängigkeiten sich durchaus nicht gebessert haben, hat die Zahl der Arbeitslosen eine weitläufige Erhöhung erfahren. Von 70 000 Anfang Januar ist die Zahl auf circa 78 000 gestiegen, ohne daß sie den Höhepunkt erreicht zu haben scheint. Da eine Anzahl von Fabriken, Betrieben und Gruben ihre Schließung angekündigt haben, ist eher mit einer weiteren Vermehrung der industriellen Reservearmee zu rechnen. Die Existenz einer solchen wird bekanntlich von den Unternehmern immer dazu ausgenützt, um die Reallohn der Arbeiter und Angestellten auf ein Mindestmaß zu senken. In Ost-Oberschlesien sind zwar die Arbeitslöhne nominell um 5 Prozent erhöht worden, aber die Fixierung der Warenpreise hat nach offizieller Statistik um 11 Prozent gestiegen. Somit ergibt sich eine beträchtliche Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter. Die Erhöhung der Löhne um 5 Prozent haben die Kohlenbarone sofort als bequemen Vorwand ergreifen, um die Kohlenpreise ab 15. Februar um 6,25 Prozent heraufzusetzen, mit anderen Worten, ihre Profite auf Kosten des Arbeitslohnes zu erhöhen.

Eisenindustrie.

Die Krise lastet mit ihrer Macht besonders auf der Eisenindustrie. Die moderne Konjunkturforschung hat durch eingehende Statistiken nachgewiesen, daß die Kohlenindustrie weniger den Schwankungen der kapitalistischen Wirtschaft ausgesetzt ist; da ein gewisses Quantum Kohle auch in den Zeiten der schwersten Krise Absatz findet, denn die Kohle ist auch ein Konsumtionsgut (Heizung usw.) und findet nicht nur als Rohstoff in der Industrie Verwendung. (Die Ursachen der heutigen Kohlenkrise sind durch besondere Ursachenreihen veran-

die Wirtschaftskrise in Ostoberschlesien... (Text is partially illegible due to image quality)

Das einzige, was der „Vorwärts“ an Erdmanns Enthüllungen berücksichtigt mag, ist seine Behauptung, Erdmann wäre kein Parteimitglied gewesen, als er „Vorwärts“-Redakteur wurde. Die guten Spelen und reichlichen Honorare werden von Erdmann, dieser würdigen Sterbe der „Vorwärts“-Redaktion, nicht abgelassen.

Die Enthüllungen Karl Erdmanns zeigen, daß die SPD.-Führer durch Mittelsleute von den Unternehmerverbänden Millionen zusammen zu kassieren, um damit gegen die revolutionäre Arbeiterschaft zu kämpfen. Sie haben als Aufgabe der SPD., dies aufgeföhrt, in der engsten Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern und mit Hilfe der Inflationsspekulationen der Ausbeuterverbände gegen die proletarische Revolution zu kämpfen.

Die Arbeiterschaft muß mit den vom Kapital bezahlten und bestochenen Führern abrechnen. Kann ein ehrlicher SPD.-Arbeiter noch zu solch korruptierten Führern, solchen bestochenen Verbändeleitern der Kapitalistenklasse stehen?

lacht, die in einem besonderen Artikel unserer Zeitung dargestellt wurden. Die Red.) Umso empfindlicher ist die Eisen-, zumal die Rohisenproduktion für die Schwingungen der Konjunktur. Bei dem feststehenden Kapital (Gebäude, Maschinen usw.) nimmt das Eisen eine hervorragende Bedeutung ein. Da in den Zeiten der Krise nun die Akkumulation eingeschränkt wird, wird so vor allem die Eisenproduktion getroffen, wie man das wieder in Ost-Oberschlesien feststellen kann. Da die private Bauunternehmung eingeschränkt worden ist, ist die ostoberschlesische Eisenindustrie hauptsächlich auf staatliche Aufträge angewiesen, die bei der finanziellen Zerrüttung des kapitalistischen Polens auch nur sehr spärlich einlaufen. Organisatorische Anstellungen der Industrie, um die Senkung der Profite zu verhindern, sind in letzter Zeit häufiger vorgenommen worden, so die Gründung des „Allgemeinen polnischen Eiseninstituts“. Trotzdem haben die ostoberschlesischen Kapitalisten, da ihnen die Produktion nicht den genügenden Profit abwirft, eine Anzahl Betriebe der Eisenproduktion geschlossen, unter anderem das große Stahlwerk der Suberzshütte.

So hat die allgemeine Wirtschaftskrise selbst den Glanzspitzen des neuen teils polnischen Reiches, der Konstanz und Rumänien, Dialektik eingepaukt, und wird das polnisch-ostoberschlesische Proletariat zwingen, den Weg des Klassenkampfes zu beschreiten.

Die Steinkohlenförderung in Westoberschlesien

Am 1. der Woche vom 15.—21. März gegenüber der Vorwoche auf 349 839 (342 087) To., oder arbeitsmäßig auf 56 806 (57 015) To. Die Abhängigkeit ging ebenfalls weiter auf 314 284 (318 162) To. zurück, so daß die Kohlenförderung weiterhin auf 85 125 (74 089) To. anliegen. Ebenso ersehnen sich die Kohlenbestände infolge andauernder Abhängigkeitsverlusten auf 133 751 (134 929) To. Der Abfall der Kohlelegung innerhalb der Provinz Oberschlesien 95 367 (93 489) To., nach dem übrigen Deutschland 206 579 (213 512) To. und nach dem Auslande 12 338 (11 161) To. Der Gesamthauptbahnverland fiel auf 62 240 (71 420) To. Die Wagenverstellung war mit 28 824 (29 582) oder arbeitsmäßig 4804 (4930) Wagen regelmäßig.

Schlesische Zellulose- und Papierfabriken, Gannorsdorf im Riesengebirge

Wie die Verwaltung angibt, war im laufenden Geschäftsjahr der Geschäftsgang bisher befriedigend. Nach einem per 31. Dezember aufgestellten Zwischenstatustats betragen Debitoren einschl. 1 181 250 Rm. Gegenwert der zehnpromzentigen Obligationen einschl. 2 992 950 Rm. (30. Juni 14 Mill. Rm.), Vorkaufhaben 8000 Rm. (13 000 Rm.), Anzahlungen auf Holz 46 300 (32 800) Rm., Wareneinträge einschließl. Holz 1,3 (1,54) Mill. Rm., andererseits unter Passiva zehnpromzentige Obligationen 1 050 000 Rm. (neu) Kreditoren einschl. 131 250 Rm. Agio auf die hundertprozentigen Obligationen ca. 1 087 682 Rm. (1 125 000 Rm.), Bankschulden 668 687 Rm. (318 831 Rm.). Rückstellungen für Steuern und ausstehende Rechnungen 216 993 (—) Rm. Die Gesellschaft beschäftigt zurzeit 110 Beamte und 1100 Arbeiter.

Die Ohlauer Hafenbahn und Lager A.-S. Ohlau

Der von der Gesellschaft erzielte Gewinn von etwa 17 000 Rm. wurde zum größten Teil für Abschreibungen verwendet. Der Rest von 306,59 Rm. wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Der Vorstand teilte mit, daß das Unternehmen zurzeit auf beschäftigt ist, ganz besonders in der Abteilung Kalkstofffabrik, für die besonders auf für Breslau sehr erhebliche Aufträge vorliegen.

Grube Fille bei Senftenberg (Lagitz)

Der auf den 27. April d. J. einzuberufenden Hauptversammlung wird der Antrag vorgelegt werden, eine Dividende von 8 Proz. auf Stammaktien und Genussaktien und 6 Prozent auf die Vorzugsaktien zu verteilen.

S. & J. Bihard A.-S. in Liebau

Die Gesellschaft wird den im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielten Reingewinn von 9721 Rm. vortragen und somit eine Dividende nicht verteilen.

Alle kommunikativen Ausschüsse, Betriebsräte, Zellen- und Gewerkschaftsorganisationen treffen sich Donnerstag, den 1. April, abends 7 1/2 Uhr im "Neuen Löwen", Kupferstraße.

Note Sunn'ront Breslau

Die General-Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, den 1. April, abends 7 30 Uhr, im Lokal Karl Meißner, Neue Antonienstraße 2, Eduardstraße 10, statt.

Genosse Faude spricht

am Mittwoch, den 31. März, abends 7 30 Uhr in den "Subertus-Häusern", Friedrich-Wilhelm-Straße, über seine Erlebnisse hinter schließlichen Zuchthausmauern.

Referententextus heute abends 7 30 Uhr im belamiten Lokal.

Genosse Faude sprach hier am 23. März in einer Mitgliederversammlung der roten Hilfe. Er schilderte in einer ergreifenden Weise seine Erlebnisse in den Zuchthäusern Schlesiens.

Görlitz

Der bürgerliche Staat kennt keine Vereinbarkeit

Ein ausgesteuerter Erwerbsloser schreibt uns: Mindestens viermal habe ich an den Magistrat und Oberbürgermeister Sney geschrieben, um eine E.-R.-Karte zu erhalten.

Das Schreiben behaftet keines Kommentars. Es ist Aufgabe der Erwerbslosen, durch geschlossenen Kampf Hand in Hand mit den noch im Betrieb stehenden Kollegen eine Erhöhung der Unterstützung durch zu suchen und den Behörden mehr Verständnis für ihre Notlage beizubringen.

Wachverteilung an E.-R.-Karten-Inhaber erfolgt am Dienstag, den 30. März, und Donnerstag, den 1. April, gegen Herausgabe der Ausweise Nr. 13 bei nachstehenden Fleischermessern.

Stadttheater. Die fremde Frau. Schauspiel von Bisson. - 2. Gastspiel von Messia Leithner. Frau Leithner gab natürlich eine sehr gute Darstellung der reumütigen Sündlerin.

Zur Aufführung von "Lohengrin". Ein Arbeiter schreibt: "Was geht uns dieser monarchistische Kummel an!" meinte ein Kollege aus der Wumag, der vor wenigen Jahren "Lohengrin" am hiesigen Stadttheater gesehen hatte.

Burenkommandant Jooße in Görlitz. Ein Arbeiter schreibt: Ich sah Jooße in Vettland, als er uns Soldaten - es war Sommer 1918 - einen Vortrag hielt.

Schönberg. Zum ersten April wird uns gemeldet: 500 Mark Entschädigung hat der Glasfabrikant A. S. H. aus den Arbeiter-Sportvereinen gegahlt.

Gefetz über die Vermögensenteignung der Juden. So ist ein vor einigen Tagen in Görlitz verbreitetes Flugblatt überschrieben. Es heißt da: "Auf Grund des Artikels 153 der Verfassung des Deutschen Reiches wird bestimmt: Artikel 1. Das gesamte Vermögen der Juden - einerlei, ob sie Mitglieder einer Synagogengemeinde sind oder nicht - die in einem der deutschen Länder wohnen, wird zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet."

Die gesamte Stadtverordnetenversammlung am 1. April hat beschlossen, dass die Stadtverwaltung die Kosten für die Unterhaltung der öffentlichen Schulen zu übernehmen hat.

Das hatte wohl auch der Demokrat Wolff durch die "Wolffsche" bekannt nicht erwartet, dass eine "dringliche Anfrage" die Entscheidung von weiteren 600 Erwerbslosen durch die Stadtverordnetenversammlung betreffen, der Antrag zu einer beratenden Sitzung werden würde.

Am Anfang der Sitzung werden einige Unwesentlichkeiten, Finanz-Veränderung usw. betreffend, erledigt. Der Völkische Speer versucht dann, gegen eine Wiederwahl des Stadttheater-Verwaltungsrates, den er und seine Fraktion in allen seinen Handlungen uninteressant haben, zu polemisieren.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Der Antrag wird angenommen, nachdem auch noch der Dezent "sein Asyl" lobte.

Wolff (SPD.) berichtet anschließend über eine Magistratsvorlage für Notstandsarbeiten. Er erwähnt u. a., daß die Eisenbahndirektion 950 Werkstattarbeitern genügend habe.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Die gesamte Stadtverordnetenversammlung am 1. April hat beschlossen, dass die Stadtverwaltung die Kosten für die Unterhaltung der öffentlichen Schulen zu übernehmen hat.

Das hatte wohl auch der Demokrat Wolff durch die "Wolffsche" bekannt nicht erwartet, dass eine "dringliche Anfrage" die Entscheidung von weiteren 600 Erwerbslosen durch die Stadtverordnetenversammlung betreffen, der Antrag zu einer beratenden Sitzung werden würde.

Am Anfang der Sitzung werden einige Unwesentlichkeiten, Finanz-Veränderung usw. betreffend, erledigt. Der Völkische Speer versucht dann, gegen eine Wiederwahl des Stadttheater-Verwaltungsrates, den er und seine Fraktion in allen seinen Handlungen uninteressant haben, zu polemisieren.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Der Antrag wird angenommen, nachdem auch noch der Dezent "sein Asyl" lobte.

Wolff (SPD.) berichtet anschließend über eine Magistratsvorlage für Notstandsarbeiten. Er erwähnt u. a., daß die Eisenbahndirektion 950 Werkstattarbeitern genügend habe.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Wolff (Dem.) begründet seine "dringliche Anfrage" zu diesem Punkt. Er verlangt nicht etwa Unterlassung der Entlassungen, sondern "Verteilung" auf andere schließliche Städte.

Versammlungskalender

Bezirk Schlesien

- Parteiveranstaltungen Breslau: Kommunistische Eisenbahner, Betriebsräte, Zellen- und Gewerkschaftsfraktion - Donnerstag, 7 30 Uhr, im "Roten Löwen" Sitzung.

Bezirk Oberschlesien

- Gruppe Nordost nach N. Freitag früh 9 Uhr Versammlung.

Sachsen

Verweigerung der Verhaftung. Ein Arbeiter schreibt uns: Dem Wunsch der Gewerkschaften ist es nicht, sich mit einem System der Welt zu verhandeln und die erhaltenden Verantwortlichen in der Arbeiterpresse zu veröffentlichen. Die „Gewerkschaft“ lehnt die Veröffentlichung revolutionärer Briefe ab. Es wende ich mich an Euch mit der Bitte, den Brief, den ich nach Berlin (Kameraden) erhalten habe, zu veröffentlichen. In diesem Briefe schreibt ein 22-jähriger Arbeiter von seinem Wunsch, mit mir zu korrespondieren und will von mir Auskunft haben über die revolutionäre Bewegung in Deutschland. Zur Erwiderung auf meinen Gruß an die Kameraden verleiht er mir, daß in Rußland alle Arbeiter Kameraden sind. Seine dritte Überantwortung sah 300 Mitglieder, darunter 24 Prozent Frauen. Die deutsche Ortsgruppe der kommunistischen Jugend zählt 732 Mitglieder, darunter 24 Prozent Mädchen. In dem Dorf besteht eine vollständige Schule mit talentvollem Unterricht. Die Arbeitszeit beträgt acht Stunden. Viele Nachschulen werden eröffnet. Der Schreiber ist Mitglied der kommunistischen Jugend und gehört der internationalen Überantwortung an. Der Schreiber bittet um Antwort oder um Weiterleitung seines Briefes an einen Kommunisten oder eine Kommunistin zur Verantwortung. Es ist nur zu verständlich, daß die „Gewerkschaft“ die Veröffentlichung eines derartigen Briefes ablehnt, weil sie kein Interesse hat, ihren Lesern die Wahrheit über Rußland zu verheimlichen.

Ober-Sachsen. Einen proletarischen Abend veranstaltete die kommunistische Partei am Sonntag, den 1. April (1. Osterfesttag), abends 7 Uhr, im „Goldenen Irleiden“. Alle Arbeiter werden zum Besuch aufgefordert.

Werkbau, Entlassungen. Bei der Firma Widmar (Werkel) erhielten 34 Arbeiter die Kündigung zugestellt. Bei nächstem Geschäftsgang stellt der Unternehmer fursorgende Leute ein. Läßt sie länger arbeiten als acht Stunden und wirft einen Teil wieder hinaus wie altes Inventar, wenn er sie nicht benötigt.

In dem Glaswerk läuft am 3. April für die ganze Belegschaft die Kündigung ab. Angeblühn Kreditnot. Arbeiterpartei. Am 1. Osterfesttag spielt die freie Spielvereinigung nachmittags gegen „Stern“ (Landesklub) ein Freundschaftsspiel. Um 1/2 2 Uhr spielt die erste Jugend Landesjugend. Kein Arbeiter veräume sich diese Spiele anzusehen.

Ober-Rentmannsdorf. Mitgliederversammlung der Katen Hilfe. Diese fand am Sonntag, dem 28. März, statt. Vor den 70 Anwesenden sprach Genosse Kaude über seine Erlebnisse hinter schließlichen Zuchthausmauern. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Es wurden für 270 Mark Broschüren und Karten verkauft und sieben Neuaufnahmen gemacht. Der Reichsbannerführer hielt es — trotz mehrmaliger Aufforderung — nicht für notwendig, in der Versammlung zu erscheinen. Das war falsch! Der Klassenkampf muß die geschlossene Front aller Ausgebeuteten entgegenstellen werden. Das Reichsbanner war nur durch drei Kameraden vertreten.

Oberschlesien

Gemeinschaftliche Demonstrationen am 1. Mai

Sekretär des ADGB, Nowak, dem Parteisekretär der SPD, Sammel, sowie dem Genossen Dieblich fand in der vergangenen Woche eine Besprechung statt zwecks gemeinschaftlicher Demonstrationen im Bezirk Oberschlesien am 1. Mai. Im Prinzip einigte man sich auf die gemeinschaftliche Demonstration. In allen Lagen, in denen Ortsausgänge des ADGB bestehen, respektive größerer Zahlstellen der freien Gewerkschaften, finden Demonstrationen statt. Der Bezirksverband des ADGB gibt einen Aufruf zum 1. Mai heraus, in dem zur allgemeinen Arbeitsruhe aufgefordert wird. Ueber die Durchführung der Arbeitsruhe herrscht Einmütigkeit. Der SPD-Vertreter bezieht sich jedoch vor, zu dem Aufruf noch Stellung zu nehmen.

In allen Orten, in denen Demonstrationen stattfinden, wird ein Ausschuss gebildet, und zwar aus je einem Vertreter des ADGB, der SPD, und der SPD, zu dem hinzugezogen werden mit beratender Stimme die Vertreter derjenigen Organisationen, die an der Ausgestaltung der Nachmittags- und Abenddemonstrationen teilnehmen.

Die einzelnen Ortsausgänge erhalten vom Bezirksausgang des ADGB Anweisungen, was dort in ihren Orten an gewählte Organe

abgegeben werden und dass bei der Besprechung zu bestimmen ist, ob es eine gemeinsame Kundgebung des ADGB stattfinden soll.

Der ADGB, resp. die Ortsgruppe, welche die Besprechung der Gewerkschaften. Es geht um die Finanzierung eines besonderen Kampfes gegen die Welt. Das kann jeder Gewerkschaftliche Organismus mit Mitwirkung zum Zweck von 10 bis 20 Personen. Der Vorstand der Parteien geschieht durch die Gewerkschaften auf der Grundlage, daß sie für jedes Mitglied mindestens 20 Pf. aufbringen müssen.

Der Vorstand bleibt es freigestellt, nach besondere Maßnahmen oder Karten oder Abzeichen zu verteilen, jedoch sollen die Teilnehmer an den Demonstrationen und Veranstaltungen alle im Besitz eines Abzeichens der ADGB sein. Ueber die Ausgestaltung der Demonstrationen bezüglich Forderungen, Transparente usw. wurde nicht diskutiert, da es als selbstverständlich anzusehen ist, daß am 1. Mai, dem Kampftage des internationalen Proletariats, daselbst unter den roten Fahnen der Revolution marschiert.

Interessant die Rede wurde verhandelt, daß je ein Vertreter des ADGB, der SPD, und der SPD, sprechen sollen. Ueber die Reihenfolge der Rede wie in der dritten Wahlkommision beschlossen. Weiteres Einzelmaterial. Die Verhandlungen zu einem geschlossenen Aufmarsch des schlesischen Proletariats sind gegeben. Somit ihr nun bald, daß an diesem Tage nicht nur in den Industriestädten, sondern überall die Arbeiter aufmarschieren.

Mitgliederversammlung der Zählstelle Zabrze des ADGB.

(Von unserem Gewerkschafts-Verleitetestatter.)
Zu der am 21. März stattgefundenen Mitgliederversammlung, deren Protokoll an die Generalversammlung wir schon veröffentlicht haben, sind noch ergänzend mitgeteilt, daß zum Delegierten zur Generalversammlung der Kamerad Gwozdz und als Stellvertreter Kamerad Sleguda gewählt wurde. Des weiteren wurde ein Antrag angenommen, der eine Entlassung und Ergänzung auch der Gewerkschaften durch die freien Gewerkschaften verlangt. Weiter erklärte die Mitgliederversammlung einstimmig, von dem gegen den Kameraden Gwozdz geforderten Ausschlussverfahren Abstand zu nehmen, weil ein solches Verfahren unangenehm zu einer Zersplitterung der Zählstelle führen würde.

Die Gleiwitzer Glasarbeiter fordern Volksentscheid

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)
Am Sonntag, den 28. März, fand im „Feldschlochen“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Glasarbeiter, Zählstelle Gleiwitz, statt. Zum Punkt Betriebsräte wurden wahlen fand eine gründliche Debatte statt, und es wurde beschlossen, den alten Betriebsrat, der aus drei ADGB-Gewerkschaftlern und drei parteilosen Arbeitern besteht, wieder zur Wahl vorzuschlagen, da er sich für die Interessen der Belegschaft der Glasfabrik eingesetzt hat. Weiterhin nahm die Versammlung auch zum Ergebnis des Volksbegehrens Stellung und sah die nachstehende Entschließung:

„Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Glasarbeiter, Ortsgruppe Gleiwitz, erhebt schärfsten Protest gegen die von Regierung und Reichstagsmehrheit beschlossene Verschleppung des Volksentscheides. Die Versammlung fordert den ADGB, die SPD, die ZPD, und den Angewandten-Ausschuss auf, alles zu unternehmen, damit der Volksentscheid so schnell wie möglich durchgeführt wird.“

Sindenburg. Die Zahlung der Kleinrentner Beihilfen für den Monat April 1926 findet am Donnerstag, den 1. April 1926, in der Zeit von 8-12 Uhr vormittags in der Ausstellungshalle der früheren Reithahn der alten Manentafelne, Leuchterstraße, statt.

Verantwortlich für den gesamten Text: Rich. Ronden, Breslau; für die Illustrationen: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, GmbH, Breslau, Druck: Peuvag-Berlin, Fil. Breslau.

Aus der Geschäftswelt

Das Osterfest wurde im Mittelalter durch üppige Säumereien gefeiert, endete es doch die Reichtzeit und jedermann wollte sich für die letzten letzten Wochen geschlos halten. Auch heute bereitet die Hausfrau den ihren Kindern gerne besonders feine Mahlzeiten, sie backt einen Osterkuchen und verziert das Mittagmahl durch einen köstlichen Salat und eine süße Speise. Zum Ausbacken, zum Kochen und Braten gibt es nichts Besseres als Glasbandmargarine, sie ist heute in keinem Haushalt zu entbehren, denn sie schmeckt wie beste Butter, ist ebenmäßig und bekömmlich, dabei nur halb so teuer. Sei es gleich oder je einem Pfund Glasbandmargarine erhält man gratis die Glasbandwoche, eine reich illustrierte Familienzeitung, welcher in der Osterwoche ein hübscher Osterkuchensplan beiliegt und welche ein hübsches Preisangebotsheft mit wertvollen Preisen enthält.

PEUVAG

Papier-Erzeugungs- und Verwertungsgesellschaft
Berlin

Filiale Breslau
Treibitzer Str. 50

Abteilung
Tuchdruckerei

Wir haben hier
zu billigster Berechnung

Programme
Eintrittskarten

Briefbogen
Plakate

Klebrungen
Flugblätter

für alle Druckereien
sowie

Private, Vereine
und Behörden

jedem
vorwärts strebenden
Arbeiter

sind die
Ankündigungen
unserer

Buchhandlung
ganz besonders zu
empfehlen

Die Hinterziehung oder der Verzicht einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein jahrelängiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergeldverweigerung) wird bestraft.

Die Hinterziehung oder der Verzicht einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein jahrelängiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergeldverweigerung) wird bestraft.

Die Hinterziehung oder der Verzicht einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein jahrelängiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergeldverweigerung) wird bestraft.

Die Hinterziehung oder der Verzicht einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein jahrelängiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergeldverweigerung) wird bestraft.

Die Hinterziehung oder der Verzicht einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein jahrelängiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergeldverweigerung) wird bestraft.

Die Hinterziehung oder der Verzicht einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein jahrelängiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergeldverweigerung) wird bestraft.

Die Hinterziehung oder der Verzicht einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein jahrelängiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergeldverweigerung) wird bestraft.

Die Hinterziehung oder der Verzicht einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage wird bestraft. Auch ein jahrelängiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergeldverweigerung) wird bestraft.

Damenhüte

Wir verkaufen weiter unsere eigenen Fabrikate! Einzelverkauf zu Fabrikpreisen!

Strohhüte von Mk. 3,00 an Seidenhüte von Mk. 2,00 an
Trotzens (geflochten oder gestickt) von Mk. 6,00 an

Größte Auswahl! — Größter Umsatz! — Billigste Preise! — 10% Oster-Rabatt!

Beachten Sie die genaue Adresse

Damenhut-Werkstätten G. m. b. H.

am Lauenzienplatz 10b, 1. Etage, neben Ufa-Theater über Schloßrestaurant

— Kein Laden —

Welcher Circus ist der größte Europas? — — —

Circus Krone

Welchem Circus kommt kein anderer gleich? — —

Circus Krone

Wer hat über 500 exotische Tiere? — —

Circus Krone

Wer hat 24 Elefanten? — — —

Circus Krone

Wer hat keinen Bluff und keine Lügen nötig?

Circus Krone

Wer bringt wirklich Neues, noch nie Gesehenes?

Circus Krone

Kommt und seht Euch die Ankunft der 4 Sonderzüge an
Eintreffen des ersten Zuges Mittwoch Mittag, Güterbahnhof Ost
**Die Tatsachen beweisen die
Wahrheit unserer Reklame!**



